

STEPHANIE EICHHOLTZ

Die US-amerikanische
Class Action und ihre deutschen
Funktionsäquivalente

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

90

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

90

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow und Klaus J. Hopt



Stephanie Eichholtz

Die US-amerikanische
Class Action und ihre deutschen
Funktionsäquivalente

Mohr Siebeck

Stephanie Eichholtz, geboren 1968 in Göttingen; 1987 Abitur in Salem; 1987–92 Jura-Studium in Bonn und München; 1996–99 wissenschaftliche Assistentin im USA-Referat des Max-Planck-Institutes für ausländischen und internationales Privatrecht in Hamburg; seit 1999 Rechtsanwältin im Zentralen Stab Recht der Commerzbank AG in Frankfurt (zuständig für deutsches und ausländisches Gesellschaftsrecht / M&A / Börseneinführungen); 2001 Promotion an der Universität Hamburg.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Eichholtz, Stephanie:

Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente /

Stephanie Eichholtz. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2002

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht ; 90)

ISBN 3-16-147721-9

978-3-16-158380-3 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2002 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

ISSN 0720-1141

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2000/2001 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Sie entstand aus meiner Mitarbeit an einem Gutachten des Max-Planck-Institutes für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg für das Bundesministerium der Justiz im Sommer 1998. Später hatte ich Gelegenheit, in der Rechtsabteilung der Commerzbank AG an der Auseinandersetzung um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter mitzuwirken und so die class action auch von der praktischen Seite her kennenzulernen. Rechtsprechung und Literatur sind für Deutschland auf dem Stand von September 2001, für die USA von Dezember 2000; soweit möglich, wurde auch aktuellere Literatur berücksichtigt.

Großer Dank gebührt an erster Stelle Herrn Professor Dr. Dr. Dres. h. c. mult. Klaus-Jürgen Hopt, der die Arbeit betreut und in allen Stadien mit wertvollen Hinweisen begleitet und gefördert hat. Herrn Professor Dr. Peter Behrens danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Besonders danken möchte ich auch meinem Kollegen, Herrn Rechtsanwalt Heiko Dingler. Er hat mich nicht nur in die Verhandlungen über die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter einbezogen, sondern auch das mühevoll Korrekturlesen übernommen und bei der Erstellung des Sachregisters geholfen. Ein weiterer wichtiger Berater bei der Entstehung dieser Arbeit war mein Großvater, Herr Professor Dr. Carl-Christoph Schweitzer, dem ich für beständige Ermutigung und Hilfe sowie für die kritische Durchsicht der Arbeit herzlich danke.

Ferner danke ich dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht für die Aufnahme in diese Schriftenreihe und der Commerzbank AG für einen Zuschuß zu den Druckkosten.

Ohne die großzügige und geduldige Unterstützung meiner Eltern wäre meine Promotion nicht möglich gewesen. Ihnen widme ich mit großem Dank diese Arbeit.

Frankfurt am Main, im Oktober 2001

Stephanie Eichholtz

6. Kapitel: Die Rechtsfolgen der class action.....	169
I. Common law und equity.....	169
II. Gestaltungsurteile (injunctions).....	170
III. Schadensersatzansprüche.....	173
7. Kapitel: Der Abschluss der class action.....	200
I. Die Beendigung des Verfahrens durch Urteil oder Vergleich.....	200
II. Kosten	205
III. Rechtsmittel	211
IV. Rechtskraft.....	215
V. Zwischenergebnis des 2. Teils	218

Dritter Teil: Kollektivierungsmöglichkeiten in Deutschland

8. Kapitel: Entwicklung und Systematik der Kollektivierungsmöglichkeiten in Deutschland	225
I. Überblick und historischer Abriß	225
II. Massenschäden im deutschen Rechtssystem.....	228
9. Kapitel: Die Kollektivierung von Streuschäden im Einzelnen: Class Action v. Verbandsklage	260
I. Voraussetzungen.....	260
II. Der Ablauf des Verfahrens	267
III. Die Rechtsfolgen	270
IV. Der Abschluß der Verbandsklage	276
10. Kapitel: Die Kollektivierung von Großschäden im Einzelnen: Class Action v. Stille Regulierung	283
I. Voraussetzungen.....	283
II. Der Ablauf des Verfahrens	287
III. Die Rechtsfolgen: Entschädigung.....	292
IV. Der Abschluß des Verfahrens	299

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Erster Teil: Grundlagen

1. Kapitel: Einführung, Begriffe und Aufbau der Arbeit	1
2. Kapitel: Ökonomische Theorie	10
I. Ziele des Schadensrechts aus ökonomischer Sicht	10
II. Das Principal-Agent-Problem	19
III. Mißbräuchliche Klagen (strike suits)	24

Zweiter Teil: Die class action in den USA

3. Kapitel: Entwicklung und Systematik der class action in den USA	29
I. Überblick über die class action	29
II. Die class action im US-amerikanischen Rechtssystem	52
4. Kapitel: Voraussetzungen der class action	77
I. Die Voraussetzungen von Rule 23 der Federal Rules of Civil Procedure	77
II. Die Klagebefugnis (standing)	111
III. Die Zuständigkeit des Gerichts (jurisdiction)	116
5. Kapitel: Der Ablauf des Verfahrens der class action	128
I. Die Einleitung der class action	128
II. Die Zulassung der class action (certification)	129
III. Rechte und Pflichten der Gruppenmitglieder im Prozeß	134
IV. Die Durchführung des Verfahrens	153

Vierter Teil: Ergebnisse der Untersuchung

11. Kapitel: Bewertung und rechtspolitischer Ausblick.....	305
I. Streuschäden.....	305
II. Großschäden	309
12. Kapitel: Zusammenfassung.....	317
I. Streuschäden.....	317
II. Großschäden	319
Federal Rules of Civil Procedure.....	325
Literaturverzeichnis	329
Sachregister	345

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht.....	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Erster Teil: Grundlagen

1. Kapitel: Einführung, Begriffe und Aufbau der Arbeit	1
2. Kapitel: Ökonomische Theorie	10
I. Ziele des Schadensrechts aus ökonomischer Sicht.....	10
1. Streuschäden: Die Steuerungswirkung des Schadensrechts.....	11
2. Großschäden: Schadensvermeidung und Schadensverteilung	14
II. Das Principal-Agent-Problem.....	19
III. Mißbräuchliche Klagen (strike suits)	24

Zweiter Teil: Die class action in den USA

3. Kapitel: Entwicklung und Systematik der class action in den USA	29
I. Überblick über die class action	29
1. Einführung	29
2. Die Entwicklung der class action von den Anfängen bis zur Gegenwart	33
a) Die Vorläufer der class action	33
b) Rule 23 in der Form von 1938	34
c) Die Reform von 1966	35
3. Bedeutung und Anwendungsgebiete der class action seit 1966.....	37
a) Civil Rights	37
(1) Aufhebung der Rassentrennung an den Schulen	38
(2) Gefängnisreform	39
(3) Diskriminierung am Arbeitsplatz	40
b) Streuschäden	41
(1) Wettbewerbsrecht	43
(2) Wertpapierrecht.....	44

c) Großschäden	46
d) Die zunehmende Kollektivierung	50
II. Die class action im US-amerikanischen Rechtssystem	52
1. Der rechtspolitische Hintergrund	53
2. Der Anspruch auf rechtliches Gehör (due process)	55
3. Grundzüge des amerikanischen Zivilprozesses	59
a) Die vorbereitenden Schriftsätze (pleadings)	60
b) Die Sachverhalts- und Beweisermittlung (discovery)	61
c) Die Hauptverhandlung (trial)	63
d) Der Abschluß des Verfahrens	63
4. Alternativen zur class action	64
a) Streuschäden	64
b) Großschäden	66
5. Die Rolle des Schadensersatzes im amerikanischen Recht	71
6. Die class action vor Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten	74
4. Kapitel: Voraussetzungen der class action	77
I. Die Voraussetzungen von Rule 23 der Federal Rules of Civil Procedure	77
1. Existenz einer Gruppe	77
2. Der Repräsentant als Mitglied der Gruppe	79
3. Die Grundvoraussetzungen der class action gemäß Rule 23(a)	81
a) Numerosity, Rule 23(a)(1)	82
b) Commonality, Rule 23(a)(2)	84
c) Typicality, Rule 23(a)(3)	85
d) Fair and Adequate Representation, Rule 23(a)(4)	87
(1) Die Eignung des benannten Klägers	89
(2) Die Eignung des Rechtsanwalts	92
(3) Die Aufgabe des Richters im Rahmen von Rule 23(a)(4)	97
4. Die drei Alternativen der class action gemäß Rule 23(b)	99
a) Die class action zum Schutze Dritter gemäß Rule 23(b)(1)	100
(1) Die class action zum Schutz des Gegners der Gruppe, Rule 23(b)(1)(A)	101
(2) Die class action zum Schutz der übrigen Gruppenmitglieder, Rule 23(b)(1)(B)	102
b) Die Civil Rights-class action gemäß Rule 23(b)(2)	104
c) Die Schadensersatz class action gemäß Rule 23(b)(3)	105
(1) Voraussetzungen	106
(2) Die Richtlinien zur Ausübung des richterlichen Ermessens gemäß Rule 23(b)(3)(A) – (D)	108
(3) Der Einfluß des Richters auf die Voraussetzungen von Rule 23(b)(3)	110

II. Die Klagebefugnis (standing).....	111
III. Die Zuständigkeit des Gerichts (jurisdiction).....	116
1. Die sachliche Zuständigkeit (subject matter jurisdiction).....	117
2. Die persönliche Zuständigkeit (personal jurisdiction).....	120
3. Forum shopping.....	122
4. Mehrfachklagen.....	123
5. Kapitel: Der Ablauf des Verfahrens der class action.....	128
I. Die Einleitung der class action.....	128
II. Die Zulassung der class action (certification).....	129
1. Verfahren.....	130
2. Voraussetzungen.....	132
3. Die settlement class action.....	133
III. Rechte und Pflichten der Gruppenmitglieder im Prozeß.....	134
1. Die Information der Gruppe.....	135
a) Allgemeines.....	135
b) Die Benachrichtigung zu Beginn der class action.....	137
(1) Die zwingende Benachrichtigung gemäß Rule 23(c)(2).....	137
(2) Die Benachrichtigung bei class actions nach Rule 23(b)(1) und (2).....	140
c) Die Benachrichtigung während des Verfahrens.....	142
d) Die Benachrichtigung vor einem Vergleich.....	143
e) Kritik.....	144
2. Das Recht, aus der class action auszuschneiden (opt out).....	147
3. Das Recht auf aktive Teilnahme am Prozeß.....	150
a) Anhörungen (hearings).....	150
b) Das Recht auf Teilnahme gemäß Rule 23(c)(2)(C).....	151
c) Der Klagebeitritt (intervention).....	151
4. Die Pflichten der Gruppenmitglieder.....	152
IV. Die Durchführung des Verfahrens.....	153
1. Die Rolle des Richters: Vom Schiedsrichter zum Case Manager.....	153
2. Die Gestaltung des Verfahrensablaufs.....	156
a) Die Besprechung zu Beginn des Verfahrens (initial conference).....	156
b) Die Beratung vor der Hauptverhandlung (final pre-trial conference).....	157
c) Vergleichsverhandlungen.....	157
3. Verfahrensleitende Anordnungen gemäß Rule 23(d).....	158
4. Möglichkeiten der Delegation.....	159
a) Der Sachverständige (special master).....	159
b) Der Untersuchungsrichter (magistrate judge).....	160
c) Der Prozeßpfleger (guardian ad litem).....	160

5. Die Berücksichtigung individueller Besonderheiten.....	161
a) Die Berücksichtigung der verschiedenen Interessen während des Ver- fahrens	162
b) Die Anpassung des Ergebnisses an die Besonderheiten des Einzelfalls .	163
6. Das Beispiel von Judge Weinstein im Agent Orange-Prozeß.....	164
7. Kritik	166
6. Kapitel: Die Rechtsfolgen der class action.....	169
I. Common law und equity	169
II. Gestaltungsurteile (injunctions).....	170
III. Schadensersatzansprüche.....	173
1. Das anwendbare Recht	174
2. Kausalität	177
3. Die Berechnung des Schadensersatzes	182
a) Wettbewerbsrecht.....	183
b) Wertpapierrecht	184
c) Großschäden	186
4. Die Verteilung des Schadensersatzes	188
a) Die cy pres-Entschädigung bei Streuschäden	189
b) Die Claims Resolution Facilities bei Großschäden.....	192
7. Kapitel: Der Abschluss der class action.....	200
I. Die Beendigung des Verfahrens durch Urteil oder Vergleich.....	200
II. Kosten	205
III. Rechtsmittel	211
IV. Rechtskraft	215
V. Zwischenergebnis des 2. Teils	218

Dritter Teil: Kollektivierungsmöglichkeiten in Deutschland

8. Kapitel: Entwicklung und Systematik der Kollektivierungs- möglichkeiten in Deutschland	225
I. Überblick und historischer Abriss	225
II. Massenschäden im deutschen Rechtssystem.....	228
1. Der rechtspolitische Hintergrund.....	228
2. Der Anspruch auf rechtliches Gehör und das Recht auf den gesetzlichen Richter	229

3. Die Kollektivierungsmöglichkeiten für Streuschäden	231
a) Verbandsklage	231
b) Musterprozeß	233
c) Gewillkürte Prozeßstandschaft	236
4. Die Kollektivierungsmöglichkeiten für Großschäden	238
a) Prozessuale Bündelungsmöglichkeiten.....	238
b) Interessengemeinschaften	243
c) Kollektive Entschädigungssysteme	245
(1) Sozialversicherungen.....	246
(2) Haftpflichtversicherungen und Solidarfonds.....	248
(3) Ad hoc-Lösungen bei unvorhersehbaren Großschadensereignissen ..	251
5. Die Rolle des Schadensersatzes im deutschen Recht	254
a) Streuschäden	254
b) Großschäden	255
9. Kapitel: Die Kollektivierung von Streuschäden im Einzelnen:	
Class Action v. Verbandsklage	260
I. Voraussetzungen.....	260
1. Die Klagebefugnis.....	260
2. Die Zuständigkeit des Gerichts	265
a) Sachliche Zuständigkeit.....	265
b) Örtliche Zuständigkeit.....	266
II. Der Ablauf des Verfahrens	267
1. Das „Vorverfahren“	267
2. Die Durchführung des Verfahrens	268
III. Die Rechtsfolgen	270
1. Unterlassungsansprüche	270
2. Schadensersatz als Rechtsschutzziel?	271
IV. Der Abschluß der Verbandsklage	276
1. Kosten	276
2. Rechtskraft.....	278
a) Die Rechtskrafterstreckung nach § 21 AGBG	278
b) Die Mehrfachverfolgung	280
10. Kapitel: Die Kollektivierung von Großschäden im Einzelnen:	
Class Action v. Stille Regulierung.....	283
I. Voraussetzungen.....	283
1. Die Initiative zur Einleitung eines Verfahrens	283
2. Die Zuständigkeit des Gerichts.....	286

II. Der Ablauf des Verfahrens	287
1. Die Einleitung des Verfahrens	287
2. Das „Vorverfahren“	289
3. Rechte und Pflichten der Betroffenen	290
4. Die Durchführung des Verfahrens	291
III. Die Rechtsfolgen: Entschädigung	292
1. Das anwendbare Recht	292
2. Kausalität	294
3. Die Berechnung der Entschädigung	295
4. Die Verteilung der Entschädigung	298
IV. Der Abschluß des Verfahrens	299
1. Maßnahmegesetz, Globalvergleich und individuelle Lösung	299
2. Kosten	301
3. Rechtsmittel	303
4. Rechtskraft	304

Vierter Teil: Ergebnisse der Untersuchung

11. Kapitel: Bewertung und rechtspolitischer Ausblick	305
I. Streuschäden	305
II. Großschäden	309
12. Kapitel: Zusammenfassung	317
I. Streuschäden	317
II. Großschäden	319
Federal Rules of Civil Procedure	325
Literaturverzeichnis	329
Sachregister	345

Abkürzungsverzeichnis

A.2d	Atlantic Reporter Second Series
a.A.	anderer Ansicht
A.B.A. J.	American Bar Association Journal
a.F.	alter Fassung
ABA	American Bar Association
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
aff'd	affirmed
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
Ala.	Alabama
Am.	America, American
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Am. Jur. 2d	American Jurisprudence Second Series
amend.	amendment
ÄndG	Änderungsgesetz
Anh.	Anhang
App.	Appendix
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Ariz. L. Rev.	Arizona Law Review
Ark. Code Ann. R.C.P.	Arkansas Code of 1987 Annotated, Rules of Civil Procedure
Ark.	Arkansas
Art.	Artikel, article
ArzneiMG	Arzneimittelgesetz
Assoc.	Association
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)
Aufl.	Auflage
B.R.	Bankruptcy Reporter
B.U. L. Rev.	Boston University Law Review
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
Beschl.	Beschluß

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BReg.	Bundesregierung
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
Bus. Law.	Business Lawyer
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
C.C.D.R.I.	Circuit Court for The District of Rhode Island
C.D.	Central District
Cal.	California
California C.C.P.	California Code of Civil Procedure
CCH	Commerce Clearing House
cert.	certiorari
Ch.	Chapter
Cir.	Circuit
cl.	clause
Co.	Corporation, Company
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
Corp.	Corporation
D.	District
D.C.	District of Columbia
D.N.J.	District of New Jersey
Dall.	Dallas
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
Dep't.	Department
ders.	derselbe
dies.	dieselben
DJT	Deutscher Juristentag
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DuR	Demokratie und Recht
E. & S. Dist.	Eastern & Southern District
E.D.	Eastern District
E.D.N.C.	Eastern District of North Carolina
E.D.N.Y.	Eastern District of New York
e.V.	eingetragener Verein
Ed.	Edition, Editor
eff.	effective
Einl.	Einleitung
et seq.	folgende, fortfolgende
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgende
F. 2d	Federal Reporter Second Series
F. 3d	Federal Reporter Third Series

F. Cas.	Federal Cases
F. Supp.	Federal Supplement
F.R.Civ.P.	Federal Rules of Civil Procedure
F.R.D.	Federal Rules Decisions
FCRA	Fair Credit Reporting Act
Fed. Rules Evid.	Federal Rules of Evidence
ff.	fortfolgende
Fla.	Florida
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
Ga.	Georgia
GenTG	Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz)
Geo. L.J.	Georgetown Law Journal
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKG	Gerichtskostengesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.M.	herrschende Meinung
H.R. Rep.	House of Representatives Report
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hast. L.J.	Hastings Law Journal
HENatG	Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hessisches Naturschutzgesetz)
HIVHG	HIV-Hilfegesetz
HmbNatSchG	Hamburgisches Gesetz über Naturschutz und Land- schaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz)
How.	Howard
HPfIG	Haftpflichtgesetz
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
Ill.	Illinois
Inc.	Incorporated
Ind. L.J.	Indiana Law Journal
Int'l Rev. L. & Econ.	International Review of Law and Economics
J. Econ. Lit.	Journal of Economic Literature
J.L. & Econ.	Journal of Law and Economics
J. Legal Stud.	Journal of Legal Studies
J. Pol. Econ.	Journal of Political Economics
JA	Juristische Arbeitsblätter
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
Ky.	Kentucky
La.	Louisiana
La. Acts	State of Louisiana: Acts of the Legislature
La. L. Rev.	Louisiana Law Review
Law & Contemp. Probs.	Law and Contemporary Problems

Ltd.	Limited
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
M.D.	Middle District
M.D.N.C.	Middle District of North Carolina
mand.	mandamus
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
Mich.	Michigan
Minn. L. Rev.	Minnesota Law Review
Minn.	Minnesota
Miss.	Mississippi
Mo.	Missouri
Mrd.	Milliarden
MünchKomm	Münchener Kommentar
n.	note
N.C.	North Carolina
N.D.	North Dakota
N.E.2d	North Eastern Reporter Second Series
N.J. Super. Ct. App. Div.	New Jersey Superior Court Appellate Division
N.Y.U. L. Rev.	New York University Law Review
NAACP	National Association for the Advancement of Colored People
Nat'l	National
NatSchGBln	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von Berlin (Berliner Naturschutzgesetz)
Nev.	Nevada
New York C.P.L.R.	New York Civil Practice Laws and Rules
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport Zivilrecht
No.	Number
North Dakota Cent. Code R.Civ.P.	North Dakota Century Code, Rules of Civil Procedure
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
Okla.	Oklahoma
OLG	Oberlandesgericht
Oregon Rev. Stat. O.R.C.P.	Oregon Revised Statutes, Oregon Rules of Civil Procedure
p.	page
P.2d	Pacific Reporter Second Series
Pa.	Pennsylvania
PfIVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter
Prod. Liab. Litig.	Products Liability Litigation
ProdHG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte
Pub. L.	Public Law
R.R.	Railroad

RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
reaff'd	reaffirmed
rev'd	reversed
Rn.	Randnummer
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
S.Ct.	Supreme Court Reporter
S.D.	Southern District
S.D.N.Y.	Southern District of New York
S. Rep.	Senate Report
S.W.2d	South Western Reporter Second Series
SächsNatSchG	Sächsisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Sächsisches Naturschutzgesetz)
SEC	Securities and Exchange Commission
Sec. Litig.	Securities Litigation
SGB X	Sozialgesetzbuch, Zehntes Buch
sog.	sogenannte
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
Stat.	Statute
StVG	Straßenverkehrsgesetz
sub nom.	sub nomine
Tenn.	Tennessee
Tex.	Texas
Tex. L. Rev.	Texas Law Review
TiLa	Truth in Lending Act
Trade Reg. Rep.	Trade Regulation Reporter
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
U. Ill. L. Rev.	University of Illinois Law Review
U.S.	United States of America, United States Reports
U.S.C.A.	United States Code Annotated
U.S.C.C.A.N.	United States Code Congressional and Administrative News
U.S. Const.	The Constitution of the United States of America
UCLA L. Rev.	UCLA Law Review
UKIG	Unterlassungsklagengesetz
UmwHG	Umwelthaftungsgesetz
Urt.	Urteil
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	versus, vom
Va.	Virginia
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Verf.	Verfasser
Verh.	Verhandlungen
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag

VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
W.D.	Western District
W.D.N.Y.	Western District of New York
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushalts-gesetz)
WiB	Wirtschaftsbriefe
WL	Westlaw
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
Yale L.J	Yale Law Journal
z.B.	zum Beispiel
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Erster Teil:

Grundlagen

1. Kapitel: Einführung, Begriffe und Aufbau der Arbeit

Die US-amerikanische class action ist eine Klage, bei der ein Kläger als Repräsentant die Ansprüche aller gleichermaßen Betroffenen, der Gruppe, gerichtlich geltend macht. In Deutschland wird die class action meist als Gruppen- oder Sammelklage bezeichnet. Das Ergebnis der class action entfaltet Rechtskraft für alle Betroffenen, obwohl diese selbst nicht unmittelbar an dem Verfahren beteiligt und in vielen Fällen noch nicht einmal namentlich bekannt sind. Dies gilt auch, soweit mit der class action Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden. Voraussetzung für die class action ist lediglich, daß die geltend gemachten Ansprüche hinreichend Gemeinsamkeiten aufweisen, der Repräsentant eine faire und angemessene Vertretung der Gruppe erwarten läßt und die class action im konkreten Fall Effizienz- oder andere Vorteile gegenüber anderen Klageformen verspricht. Eigentlicher Initiator der class action ist regelmäßig ein Rechtsanwalt, der nach Abschluß der class action ein Erfolgshonorar erhält, das sich nicht nur nach dem Einzelanspruch des Repräsentanten, sondern nach dem gesamten Klageerlös bemißt, und das daher einen großen Anreiz für den Anwalt darstellt, eine class action zu erheben.

Die class action existiert in ihrer heutigen Form seit 1966. Ihr Ziel ist es, durch Bündelung der Einzelansprüche in einem Kollektivverfahren die Kosten der Rechtsdurchsetzung anteilig zu verringern. Damit soll in erster Linie eine Klagemöglichkeit für Ansprüche geschaffen werden, deren gerichtliche Geltendmachung im Wege der Individualklage praktisch unmöglich ist, da die Kosten des Verfahrens hier außer Verhältnis zur Höhe

des geltend gemachten Anspruch stehen.¹ Die class action dient damit zunächst dem Verbraucherschutz. Zugleich besteht aber auch ein erhebliches öffentliches Interesse an der Geltendmachung dieser Schäden: Gibt es für geringfügige Ansprüche eine faktische Rechtsschutzlücke, so kann ein Schädiger dies systematisch ausnutzen, indem er sein Fehlverhalten so gestaltet, daß der Einzelschaden zwar für keinen Betroffenen die Klageschwelle überschreitet, der Schädiger aber wegen der großen Zahl der Betroffenen einen erheblichen Gesamtgewinn erzielt. Klassisches Beispiel für eine derartige Schadensstreuung sind geringfügig falsche Mengenangaben bei Waren, die der einzelne Verbraucher kaum bemerkt, die aber den Gewinn des Herstellers fühlbar beeinflussen. Mit Hilfe der class action kann der gesamte Schaden trotz der geringen Einzelschäden geltend gemacht und so verhindert werden, daß der Schädiger von seinen Rechtsverletzungen profitiert. Dieses Ziel könnte grundsätzlich auch mit hoheitlichen Maßnahmen, insbesondere Bußgeldverfahren, erreicht werden. Mit der class action können aber das unternehmerische Engagement des Rechtsanwalts sowie die Kenntnis der Betroffenen von den Rechtsverstößen für die Rechtsverfolgung in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt und zugleich die öffentlichen Haushalte entlastet werden.

Die class action ist aber nicht auf die Geltendmachung kleiner Schäden beschränkt. Vielmehr wird sie seit etwa fünfzehn Jahren außerdem in solchen Fällen eingesetzt, in denen die Schäden der einzelnen Betroffenen zwar groß genug sind, um eine Individualklage zu rechtfertigen, andererseits aber so viele Personen von dem Schadensfall betroffen sind, daß eine individuelle Entscheidung wegen der Überlastung der Gerichte in angemessener Zeit nicht zu erwarten ist oder die zur Verfügung stehende Haftungsmasse des Beklagten voraussichtlich nicht zur Befriedigung sämtlicher geltend gemachter Ansprüche genügt. Hierzu gehören Flugzeugabstürze ebenso wie große Produkthaftungsfälle und Schäden aufgrund toxischer Substanzen wie Asbest.

Schließlich dient die class action auch dazu, inkonsistente Entscheidungen insbesondere über Bestand und Umfang von Bürgerrechten (Civil Rights) zu verhindern, die typischerweise eine Vielzahl von Menschen betreffen.

Die class action hat auf die deutsche Rechtswissenschaft seit ihrer Neugestaltung in den USA im Jahr 1966 stets eine gewisse Faszination, wenn auch nicht nur Bewunderung ausgeübt. Ihre Einführung wurde auch von

¹ Dies wird in der Literatur vor allem unter dem Begriff „access to justice“ bzw. „Zugang zum Recht“ diskutiert. Grundlegend das *Kolloquium* des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Der Schutz des Schwächeren im Recht, Teil III. Zugang zum Recht, *RabelsZ* 40 (1976) 361, dort insbesondere *Cappelletti*, *RabelsZ* 40 (1976) 669.

der Bundesregierung im Rahmen einer geplanten Novelle des Wettbewerbsrechts 1976 intensiv diskutiert.² Aber auch als rein US-amerikanisches Rechtsinstitut hat sie eine erhebliche praktische Bedeutung für deutsche Unternehmen, wie die große Zahl von Sammelklagen ehemaliger Zwangsarbeiter und anderer Holocaust-Opfer zeigt, die in den USA gegen deutsche Unternehmen erhoben wurden und die zur Gründung der mit insgesamt 10 Milliarden DM ausgestatteten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ führten.³ Ein weiteres Beispiel stellen die Sammelklagen dar, die im Fall Lipobay gegen den Pharmakonzern Bayer eingereicht wurden. Weniger publikumswirksam waren und sind deutsche Unternehmen und ihre amerikanischen Tochtergesellschaften aber auch zu anderen Zeiten von class actions betroffen.⁴

Das deutsche Recht kennt selbst kein Rechtsinstitut, das mit der class action zu vergleichen wäre. In Deutschland stehen für die mit der class action verfolgten Ziele statt dessen eine Vielzahl von rechtlichen Möglichkeiten bereit, die sich aber von der class action strukturell grundlegend unterscheiden und in ihren Wirkungen auch weit hinter dieser zurückbleiben. Dies betrifft zunächst die Verbandsklage, mit der in Deutschland Verbände unter bestimmten Voraussetzungen solche Ansprüche der Verbraucher gegenüber Unternehmen gerichtlich durchsetzen können, deren Geltendmachung durch die Betroffenen wegen der damit verbundenen Kosten typischerweise unterbleibt. Die Verbandsklage stellt damit ebenso wie die class action ein Kollektivverfahren dar, das an die Stelle einer Vielzahl von Individualverfahren tritt, wenn individueller Rechtsschutz typischerweise nicht erhältlich ist. Im Gegensatz zur class action

² Siehe z.B. *Spindler*, Die amerikanische Institution der class action als Mittel des Konsumentenschutzes – Kuriosum oder Vorbild?, *Mitarbeiterfestschrift Ulmer*, 1973, S. 369; *Steindorff*, ZHR 138 (1974) 504, 516 ff., *Homburger/Kötz*, Klagen Privater im öffentlichen Interesse, 1975; *Mertens*, ZHR 139 (1975) 438, 468; *Koch*, Kollektiver Rechtsschutz, 1976; *Gotwald*, ZZP 91 (1978) 1. In neuerer Zeit siehe nur *Haß*, Die Gruppenklage, 1996; *Greiner*, Die Class Action im amerikanischen Recht und deutscher Ordre Public, 1998; *Baetge/Eichholtz*, Die Class Action in den USA, in: *Basel/Hopt/Kötz/Baetge* (Hrsg.), Die Bündelung gleichgerichteter Interessen im Prozeß: Verbandsklage und Gruppenklage, 1999, S. 287, *Hirte*, Sammelklagen – Fluch oder Segen? Ein Blick in die amerikanische Diskussion, FS Leser, 1998, S. 335, sowie *Schneider*, Class Actions – Rechtspolitische Fragen in den USA und Anerkennung in Deutschland, 1999. Zur Diskussion der class action bei der geplanten UWG-Novelle siehe Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, BT-Drucks. 8/2145 S. 17 ff.

³ Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vom 2. August 2000, BGBl. 2000 I 1263.

⁴ *Abraham v. Volkswagen of Am., Inc.*, 795 F.2d 156, 177 et seq. (1974); weitere Beispiele bei *Mark*, EuZW 1994, 238 ff. und *Schneider*, Class Actions – Rechtspolitische Fragen in den USA und Anerkennung in Deutschland, 1999, S. 3 f.

kann mit der Verbandsklage allerdings kein Schadensersatz, sondern nur Unterlassung verlangt werden. Trotz der vergleichbaren Zielsetzung sind die beiden Klageformen daher fundamental voneinander verschieden.

Die Bündelung von Ansprüchen in einem Kollektivverfahren spielt auch in Deutschland nicht nur im Rahmen des Verbraucherschutzes eine Rolle.⁵ Vielmehr wird hier – ähnlich wie in den USA – seit einiger Zeit diskutiert, inwieweit Kollektivverfahren außerdem für Ansprüche aufgrund von Großunfällen, Produkthaftungsfällen oder ähnlichen Katastrophen mit vielen Toten und Verletzten in Betracht kommen.⁶ Bislang ist die Bündelung derartiger Ansprüche im Zivilprozeß in Deutschland allerdings anders als in den USA praktisch unmöglich. Soweit es daher nicht zu einer außergerichtlichen Entschädigung oder einer gesetzlichen Lösung wie zum Beispiel bei den Contergan-Opfern kommt, müssen die Betroffenen ihre Ansprüche regelmäßig einzeln geltend machen.

Trotz der zum Teil diametral entgegengesetzten Lösungsansätze zeigt sich aber bei näherer Betrachtung, daß das amerikanische und das deutsche Recht bei der Regulierung von Schadensfällen, die eine Vielzahl von Personen zugleich betreffen, in vielen Fällen grundsätzliche Parallelen aufweisen. Dies gilt in besonderem Maße für das Verfahrensrecht, wo die Bündelung der Interessen unabhängig von der rechtsdogmatischen Ausgestaltung im Verfahrensablauf zu ähnlichen strukturellen Problemen führt, die letztlich oft auch auf vergleichbare Weise gelöst werden. Die tatsächlichen Unterschiede sind häufig mehr auf das allgemeine Prozeßrecht zurückzuführen als auf die Eigenheiten des jeweiligen Kollektivverfahrens. Auch im materiellen Recht zeigt sich in vielen Fällen, daß sich das deutsche und das amerikanische Recht trotz großer theoretischer

⁵ Siehe hierzu in jüngerer Zeit insbesondere *Hopt/Baetge*, Rechtsvergleichung und Reform des deutschen Rechts – Verbandsklage und Gruppenklage, in: *Base-dow/Hopt/Kötz/Baetge* (Hrsg.), Die Bündelung gleichgerichteter Interessen im Prozeß: Verbandsklage und Gruppenklage, 1999, S. 11; *Baetge*, ZZP 112 (1999) 329; *Koch*, Die Verbandsklage in Europa, ZZP 113 (2000) 413. Vgl. auch die Richtlinie 98/27/EG, ABl. EG Nr. L 166 vom 11.6.1998, S. 51,00 sowie das Gesetz über Fernabsatzverträge und andere Fragen des Verbraucherrechts sowie zur Umstellung von Vorschriften auf Euro vom 27. Juni 2000, BGBl. 2000 I 897.

⁶ *Kästle*, Toxische Massenschäden, 1993; v. *Bar, Müller, Stadler und Hübner*, Empfehlen sich gesetzgeberische Maßnahmen zur Bewältigung von Massenschäden?, Verh. d. 62. DJT (1998) Bd. I Gutachten A und Bd. II/1 Referate I 9, 35, 65; *Koch*, Mass Torts in German Law, in: *Jayme* (Hrsg.), German National Reports, 1994, S. 67; *ders.*, Die Bewältigung von Großschäden: Eine rechtsvergleichende Herausforderung für das Zivilrecht, in: *ders.* (Hrsg.), Herausforderungen an das Recht, 1997; *Koch/Willingmann* (Hrsg.), Großschäden – Complex Damages, 1998; *dies.*, Phänomenologie und Abwicklung von Großschäden, in: *Hof/Lübbe-Wolff* (Hrsg.), Wirkungsforschung zum Recht, Bd. 1, 1999, S. 459; sowie *Schneider*, Class Actions – Rechtspolitische Fragen in den USA und Anerkennung in Deutschland, 1999.

Divergenzen insbesondere hinsichtlich der Schadenshöhe bei der konkreten Umsetzung doch aneinander annähern. Diese Unterschiede und Gemeinsamkeiten sollen in der vorliegenden Arbeit herausgearbeitet, in den jeweiligen rechtlichen Kontext eingeordnet und verglichen werden. Aus diesem Gesamtbefund ergeben sich dann rechtspolitische Überlegungen für das deutsche Recht.

Eine Kollektivierung von Individualansprüchen in einem einzigen Verfahren ist vor allem dann sinnvoll, wenn diese Ansprüche in wesentlichen Punkten übereinstimmen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Ansprüche auf demselben Ereignis, der Verwendung eines bestimmten Stoffs, dem Serienfehler eines Produktes oder auf einem bestimmten, gleichförmigen Verhalten des Beklagten beruhen. Bei diesen Ansprüchen betrifft der Schadensfall jeweils eine Vielzahl von Menschen. Nur diese Schadensfälle sind daher Gegenstand dieser Arbeit. Sie werden im Schrifttum mit einer Vielzahl von Begriffen belegt. Es ist von Massenschäden,⁷ Großschäden,⁸ Streuschäden,⁹ Serienschäden¹⁰ und Bagatellschäden¹¹ die Rede, ohne daß sich bislang eine einheitliche Begriffsbestimmung herausgebildet hätte. Auch die Systematisierung der Schäden ist nicht einheitlich. In Betracht kommt hier zunächst eine Systematisierung nach der Schadensursache, also danach, ob der Schaden auf einem einmaligen Ereignis (Unfall), auf einer fehlerhaften Serienproduktion oder einem gleichförmigen Verhalten des Schädigers (Serienschäden) beruht, oder ob es sich um einen Schaden handelt, der durch das Zusammentreffen mehrerer voneinander unabhängiger Ursachen hervorgerufen wurde (mul-

⁷ Siehe *Kästle*, Toxische Massenschäden, 1993; das Gutachten von *v. Bar* sowie die Referate von *Müller, Stadler* und *Hübner*, Empfehlen sich gesetzgeberische Maßnahmen zur Bewältigung von Massenschäden?, *Verh. d. 62. DJT* (1998) Bd. I Gutachten A und Bd. II/1 Referate I 9, 35, 65; *Coester-Waltjen*, Massenschäden: Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen – Ein Blick ins englische Recht, *FS Fikentscher*, 1998, S. 249.

⁸ *Koch*, Die Bewältigung von Großschäden: Eine rechtsvergleichende Herausforderung für das Zivilrecht, in: *ders. (Hrsg.)*, Herausforderungen an das Recht: Alte Anforderungen auf neue Fragen?, 1997; *Koch/Willingmann*, Großschäden – Complex Damages, 1998; *dies.*, Phänomenologie und Abwicklung von Großschäden, in: *Hof/Lübbe-Wolff (Hrsg.)*, Wirkungsforschung zum Recht, Bd. 1, 1999, S. 459.

⁹ *Schäfer*, Anreizwirkungen bei der Class Action und der Verbandsklage, in: *Base-dow/Hopt/Kötz/Baetge (Hrsg.)*, Die Bündelung gleichgerichteter Interessen im Prozeß: Verbandsklage und Gruppenklage, 1999, S. 67, 68.

¹⁰ *Koch*, Die Bewältigung von Großschäden, in: *ders. (Hrsg.)*, Herausforderungen an das Recht, 1997, S. 95, 100.

¹¹ *Haß*, Die Gruppenklage, 1996, S. 12.

tikausaler Schaden).¹² Statt nach der Schadensursache lassen sich die Schadensfälle jedoch auch nach der Höhe der typischen Einzelschäden einteilen, die auf den einzelnen Geschädigten entfallen.¹³ Dieser Einteilung folgt vor allem das amerikanische Recht, das zwischen „small claims“ und „mass torts“ unterscheidet.

Eindeutigkeit ist mit keiner der beiden Systematisierungen zu erreichen. So sind Serienschäden aufgrund eines defekten Produktes zugleich ein multikausaler Schaden, wenn der Defekt nur im Zusammenhang mit anderen Umständen zu einem Schaden führt. Eine eindeutige Grenzziehung ist auch ausgeschlossen, wenn verschiedene Hersteller ununterscheidbare Produkte herstellen und im Nachhinein nicht mehr festgestellt werden kann, wessen Produkt den jeweiligen Schaden verursacht hat. Auch ein Atomunfall zum Beispiel führt zugleich zu multikausalen Spätschäden, da sich nicht jede Krebserkrankung zweifelsfrei auf die erhöhte Strahlenbelastung zurückführen läßt. In gleicher Weise ist eine eindeutige Trennung auch zwischen „großen“ und „kleinen“ Einzelschäden unmöglich. Zunächst wäre jede Festlegung, ab welcher Höhe ein Schaden „groß“ ist, willkürlich. Darüber hinaus verursachen viele Schadensereignisse Schäden in unterschiedlicher Höhe. So gibt es bei einem Zugunglück oft neben Toten und Schwerverletzten auch Personen, die allenfalls geringfügige Schäden erleiden, die bereits nach wenigen Tagen vollständig geheilt sind.

Die vorliegende Arbeit teilt die Schäden nach der Größe der Einzelschäden ein. Dies liegt nicht nur an der Vorgabe durch die US-amerikanische class action, die Schwerpunkt dieser Arbeit ist. Sie beruht in erster Linie auf der Überlegung, daß es in dieser Arbeit primär um verfahrensrechtliche Fragen geht. Verfahrenstechnisch ist es aber von maßgeblicher Bedeutung, ob Schäden in einem Kollektivverfahren geltend gemacht werden sollen, weil die Betroffenen von der individuellen Geltendmachung wegen der unverhältnismäßigen Kosten absehen, oder ob die Ansprüche zusammengefaßt werden sollen, um angesichts der schweren Schäden der Betroffenen möglichst schnell zu einer Entschädigungslösung zu kommen oder um die unzureichende Haftungsmasse sachgerecht zwischen den Betroffenen aufzuteilen. Demgegenüber betrifft die Einteilung nach der Schadensursache in erster Linie das materielle Recht. Zwar ist die prozessuale Bündelung der Ansprüche um so schwieriger, je weiter die schadensverursachenden Handlungen oder der Schadenseintritt

¹² Koch, Mass Torts in German Law, in: *Jayme*, German National Reports, 1994, S. 67, 68, *Stadler*, Verh. d. 62. DJT (1998) Bd. II/1 Referate I 35; *Haß*, Die Gruppenklage, 1996, S. 5 ff.

¹³ *Haß*, Die Gruppenklage, 1996, S. 12.

bei den verschiedenen Betroffenen zeitlich auseinander liegen oder je mehr der individuelle Schaden durch weitere Ursachen hervorgerufen oder beeinflusst wird. Diese Überlegungen setzen aber letztlich voraus, daß der Schaden überhaupt von den Betroffenen geltend gemacht wird. Dies ist nur bei einer bestimmten Mindestgröße der Einzelschäden gegeben. Es scheint daher sinnvoller zu sein, primär nach der typischen Schadenshöhe zu unterscheiden und Differenzierungen nach der Schadensursache lediglich innerhalb dieser Kategorien vorzunehmen. Dabei ist für die Zwecke dieser Arbeit eine genaue Grenzziehung nicht erforderlich, da die class action für sämtliche Massenschäden verwendet wird und sich auch die deutschen Möglichkeiten, Massenschäden in einem Kollektivverfahren geltend zu machen, nicht gegenseitig ausschließen.

Als Oberbegriff soll dabei der Begriff des Massenschadens dienen. Dieser bezeichnet zwar im amerikanischen Recht lediglich Schadensfälle mit hohen Einzelschäden (mass torts) und wird auch im deutschen Schrifttum häufig in diesem Sinn verwendet.¹⁴ Oft umschreibt dieser Begriff aber lediglich die Tatsache, daß von einer einzigen oder gleichförmigen schadensverursachenden Handlung, einer bestimmten Substanz oder einem Serienprodukt eine Vielzahl von Personen betroffen ist.¹⁵ Mangels eines anderen allgemein anerkannten Oberbegriffs soll er daher auch in dieser Arbeit in diesem umfassenden Sinne verstanden werden.

Massenschäden, die durch hohe Einzelschäden gekennzeichnet sind, werden im folgenden – der Bezeichnung Kochs folgend – als Großschäden bezeichnet.¹⁶ Das Gegenstück hierzu, die Massenschäden, bei denen die Einzelschäden zu klein sind, als daß sich für einen typischen Geschädigten die individuelle Geltendmachung lohnen würde, wird dagegen mit dem Begriff der Streuschäden beschrieben. Der Begriff des Bagatellschadens wurde dagegen abgelehnt, da dieser die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieser Schäden zu sehr herunterspielt, um die es bei der Geltendmachung dieser Schäden angesichts der teilweise erheblichen Gesamtschäden ja gerade geht. Der Begriff des Streuschadens impliziert dagegen auch die

¹⁴ Kästle, Toxische Massenschäden, 1993, S. 3; Koch/Willingmann, Phänomenologie und Regulierung komplexer Schadensereignisse, in: Hof/Lübbe-Wolff, Wirkungsforschung zum Recht, Bd. 1, 1999, S. 459.

¹⁵ Siehe v. Bar, Müller, Stadler und Hübner, Empfehlen sich gesetzgeberische Maßnahmen zur Bewältigung von Massenschäden?, Verh. d. 62. DJT (1998) Bd. I Gutachten A und Bd. II/1 Referate I 9, 35, 65.

¹⁶ Koch, Die Bewältigung von Großschäden: Eine rechtsvergleichende Herausforderung für das Zivilrecht, in: ders. (Hrsg.), Herausforderungen an das Recht: Alte Anforderungen auf neue Fragen?, 1997; Koch/Willingmann (Hrsg.), Großschäden – Complex Damages, 1998; dies., Phänomenologie und Abwicklung von Großschäden, in: Hof/Lübbe-Wolff (Hrsg.), Wirkungsforschung zum Recht, Bd. 1, 1999, S. 459.

Möglichkeit einer bewußten Ausnutzung der Schadensstreuung. Zudem kann auch ein Massenschaden mit Einzelschäden von mehreren 100 DM unter diese Schadenskategorie fallen, da sich bei einem komplizierten Sachverhalt die Klageerhebung bei dieser Schadenshöhe für den Einzelnen nicht immer lohnt. Andererseits sind derartige Schäden sicher nicht mehr als Bagatelle zu bezeichnen. Der Begriff des Streuschadens war als neutralerer Begriff daher vorzuziehen.

Die Arbeit beginnt mit einer Darstellung der ökonomischen Grundlagen des Themas, die für das Verständnis der class action von zentraler Bedeutung sind. Auch in der US-amerikanischen Rechtswissenschaft werden die Erkenntnisse der ökonomischen Analyse des Rechts überwiegend in die Diskussion einbezogen. Für die Diskussion der kollektiven Geltendmachung von Massenschäden im deutschen Recht kann der Blick über den juristischen Tellerrand ebenfalls wertvolle Erkenntnisse liefern. Die dem Thema zugrundeliegenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten helfen zudem, spezifische Strukturen und Verhaltensmuster jenseits der konkreten juristischen Ausgestaltung zu erklären.

Der zweite Teil der Arbeit befaßt sich mit der tatsächlichen rechtlichen Ausgestaltung der class action in den USA. Die Untersuchung beginnt mit einem „allgemeinen Teil“, in dem die class action vorgestellt und die Besonderheiten des US-amerikanischen Rechts dargestellt werden, soweit dies für das Verständnis der class action notwendig ist. Der darauf folgende „besondere Teil“ folgt in seinem Aufbau dem zeitlichen Ablauf einer class action von den Zulässigkeitsvoraussetzungen und der Klageerhebung über die Verteilung des Klageerlöses bis zur Rechtskraft des Urteils.

Im dritten Teil der Arbeit wird das deutsche Recht diskutiert. Dieser Teil beschränkt sich allerdings nicht auf die bloße Darstellung. Vielmehr sollen hier bereits Brücken zum zweiten Teil geschlagen und Parallelen und Gegensätze zur class action aufgezeigt und beurteilt werden. Um den Vergleich zwischen der class action und den deutschen Funktionsäquivalenten zu erleichtern, folgt der dritte Teil der Arbeit im wesentlichen dem Aufbau des zweiten Teils. Auch der dritte Teil beginnt daher wieder mit einem „allgemeinen Teil“. Da die Funktionen der class action im deutschen Recht von einer Vielzahl von Rechtsinstituten wahrgenommen werden, werden in diesem ersten Kapitel insbesondere die verschiedenen Möglichkeiten kurz erläutert, die das deutsche Recht für die gebündelte Geltendmachung und Abwicklung von Ansprüchen bereithält. Der „besondere Teil“ wurde in zwei Kapitel aufgeteilt, um Streu- und Großschäden getrennt voneinander zu untersuchen. Dieser Schritt war notwendig, da beide Schadensformen und die jeweiligen Möglichkeiten ihrer Geltendmachung im deutschen Recht zu unterschiedlich sind, als daß

eine einheitliche Diskussion sinnvoll wäre. Innerhalb dieser Aufteilung folgt der Aufbau der Kapitel aber wieder der Vorgabe aus dem zweiten Teil der Arbeit, orientiert sich also an dem typischen Verfahrensablauf.

Der vierte Teil der Arbeit schließlich stellt die Ergebnisse der Arbeit dar. Dabei werden aus den vergleichenden und bewertenden Überlegungen des 3. Teils zusammenhängende rechtspolitische Vorschläge formuliert. Abschließend werden die wichtigsten Punkte der Arbeit in kurzen Thesen zusammengefaßt.

Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem Rechtsinstitut der class action. Das materielle Recht wurde nur dargestellt, soweit es zum Verständnis des Verfahrensrechts unabdingbar ist. Aus der Diskussion ausgeklammert wurden Umweltschäden, die sich von anderen Massenschäden dadurch unterscheiden, daß sie zum ganz überwiegenden Teil Güter der Allgemeinheit und nicht Individualgüter betreffen. Ebenfalls nicht untersucht werden Bündelungsmöglichkeiten auf der Beklagtenseite, also Klagemöglichkeiten gegen eine Vielzahl von Schädigern. Auf derartige Klagen ist die class action an sich ebenfalls anwendbar (defendant class action). Die praktische Bedeutung ist heutzutage in den USA aber gering.

Englische Fachbegriffe wurden so weit wie möglich übersetzt. Der Begriff der class action bezieht sich im folgenden stets auf die US-amerikanische Klageform der class action, wie sie insbesondere in Rule 23 der Federal Rules of Civil Procedure im 28. Titel des United States Code konkretisiert ist.¹⁷ Die deutsche Übersetzung „Gruppenklage“ bezeichnet dagegen in dieser Arbeit stets den allgemeinen Typus dieser Klageform unabhängig von der konkreten Ausgestaltung und unabhängig davon, ob und in welchem Land diese Klageform tatsächlich umgesetzt wurde.

¹⁷ Rule 23 steht daher in dieser Arbeit stets für F.R.Civ.P. Rule 23, 28 U.S.C.A.

2. Kapitel: Ökonomische Theorie

I. Ziele des Schadensrechts aus ökonomischer Sicht

Schadensersatz erfüllt für Juristen primär den Zweck der Kompensation: Für den Geschädigten soll der status quo ante wiederhergestellt werden.¹ Damit ist Schadensersatz in der Rechtswissenschaft vor allem vergangenheitsbezogen. Demgegenüber dient Schadensersatz aus ökonomischer Sicht in erster Linie der Verhaltenssteuerung für die Zukunft: Die drohende Zahlungspflicht soll einen potentiellen Schädiger bereits im Vorfeld davon abhalten, einen Schaden zu verursachen.² Allerdings ist es ökonomisch nicht sinnvoll, jeden Schaden zu vermeiden, da die Schadensvermeidung ihrerseits Kosten verursacht. Übersteigen die dafür erforderlichen Kosten den drohenden Schaden, stellt die Schadensvermeidung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine Ressourcenverschwendung dar. Geht die Schadensersatzpflicht zu weit, wird der potentielle Schädiger übervorsichtig, so daß volkswirtschaftlich sinnvolle Aktivitäten wie zum Beispiel die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien unterbleiben, da für das einzelne Unternehmen die Kosten der Schadensvermeidung beziehungsweise des Schadensersatzes den Nutzen übersteigen, den es aus der Technologie ziehen kann. Die Präventionswirkung des Schadensersatzrechts ist damit zu hoch (overdeterrence). Trägt der Schädiger umgekehrt nur einen Teil des Schadens, lohnt sich für ihn die schädigende Tätigkeit auch dann noch, wenn gesamtwirtschaftlich die Kosten den Nutzen der Tätigkeit übersteigen. Ziel muß es daher aus ökonomischer Sicht sein, Voraussetzungen und Höhe der Schadensersatzpflicht so festzulegen, daß ein optimaler Vermeidungsaufwand betrieben wird.³

¹ Larenz, Schuldrecht, 1987, § 27 I; MünchKomm (-Mertens), BGB, vor § 823 Rn. 41, 44.

² Schäfer/Ott, Lehrbuch der ökonomischen Analyse des Zivilrechts, 1995, S. 99.

³ Hierbei spielt der Verschuldensmaßstab ebenso eine Rolle wie die Beweislastverteilung. Auch sind Interdependenzen zwischen dem Verhalten des Verursachers und dem des Geschädigten zu beachten. Ausführlich zu den ökonomischen Prinzipien des Haftungs- und Schadensrechts Calabresi, *The Costs of Accidents: A Legal and Economic Analysis*, 1970; Coase, 3 J.L. & Econ. 1 (1960); Posner, *Economic Analysis of Law*, 1998, § 6; Cooter/Ulen, *Law and Economics*, 1996, Ch. 8, 9; sowie aus deutscher Sicht Schäfer/Ott, Lehrbuch der ökonomischen Analyse des Zivilrechts, 1995, S. 95 ff. und

Sachregister

- Abmahnung, 267 f., 273
 - Abmahnverein, 227, 261 ff., 268, 277, 281
 - Kosten, 262, 267, 276 f.
 - Mehrfachabmahnung, 280
- across the board-Ansatz, 40, 86
- adversary-Verfahren, 59 f., 153 f., 219;
 - siehe auch* case management, Richter
- Inquisitionsverfahren, 59, 154
- Agency-Beziehung, *siehe* Principal-Agent-Problem
- Agent Orange-Prozeß, 47, 180
 - Anhörungen, 150 Fn. 105
 - military contractor defense, 47
 - „national consensus law“, 176
 - Prozeßgeschichte, 165 ff.
 - Rechtskraft, 218
 - Verfahrensleitung durch Judge Weinstein, 164 ff.
 - Vergleich, 180, 188 Fn. 67, 194 Fn. 88
- Ahearn v. Fibreboard, 48 Fn. 84, 103 Fn. 128, 129 Fn. 3, 217 Fn. 66
 - Beklagter als Initiator der class action, 21 Fn. 34, 129 Fn. 3
- Akteneinsicht, 240 f.
- Aktienkurs, *siehe* Wertpapierstreitigkeiten
- Alternative Dispute Resolution (ADR), 68, 157
- Amchem v. Windsor, 113, 85 Fn. 51;
 - siehe auch* Georgine v. Amchem
 - Zulassungsvoraussetzungen der settlement class action, 134
- Anhörungen, *siehe* Gruppenmitglieder
- anwendbares Recht, 174 ff., 293 f.
 - „national consensus law“, 176
- Asbest, 2, 46, 67 f., 177; *siehe auch* Amchem v. Windsor, Georgine v. Amchem, Johns Manville Corp.
 - Ablehnung staatlicher Regelung, 177, 221
 - Insolvenz der Beklagten, 47, 70 Fn. 188, 187
 - Prozeßlawinen, 166 Fn. 175
- Aussetzung des Verfahrens, 240, 287
- back pay (Gehaltsnachzahlung), 40
- Bagatellschäden, 235, 261 f., 268, 277
 - Begriff, 5, 7
- Bayer AG, 3
- Benachrichtigung der Betroffenen, 32, 135 ff., 290
 - bei der Verbandsklage, 270 f.
 - bei mandatory class actions, 136, 140 ff.
 - bei settlement class actions, 146
 - bei stiller Regulierung, 283 f., 287, 290, 316
 - durch Veröffentlichung, 138
 - individuelle, 137 f., 144 f., 229 f.
 - Kosten, 140, 141
 - über die Zulassung der class action, 137 ff.
 - und due process, 56, 135, 141, 144
 - von future claimants, 146 f.
 - vor einem Vergleich, 143 f., 201
 - während der class action, 142 f.
- Bendectin-Verfahren
 - Klageflut, 46/47 Fn. 78, 166 Fn. 175
 - Richter als Initiator der class action, 21 Fn. 34, 46/47 Fn. 78, 128 Fn. 2
 - writ of mandamus, 213 Fn. 51
- Betroffene; *siehe auch* Gruppe, Gruppenmitglieder
 - Entschädigung als freiwillige „Almosen“ der Schädiger, 295 f., 309, 316
 - Entschädigung auf Sozialhilfeniveau, 257 f., 313
 - fehlende Kenntnis, 286 f., 302
 - Notwendigkeit der Koordination,

- 230 f., 238, 241 f., 283 ff., 286 f., 301 f., 311
- Teilnahmerechte, 290 f., 312
- Beweisrecht, *siehe* Sachverhalts- und Beweisermittlung
- Bußgeldverfahren, 65, 221, 275; *siehe auch* staatliche Maßnahmen, Strafrecht
- zur Abschöpfung unrechtmäßiger Gewinne, 43
- neben der class action, 124
- case management, 60, 66 f., 98, 153 ff., 166 ff.; *siehe auch* adversary-Verfahren, complex litigation, Koordination, Richter
- Begriff, 155
- bifurcation, 51 Fn. 100, 157, 163
- Delegation, 156, 159 ff.
- initial conference, 156
- pretrial conference, 62, 157
- severance, 157
- Untergruppe (subclass), 51, 82, 131, 162, 178, 196
- certification, 31, 129 ff.; *siehe auch* Vorverfahren
- Anfechtung der certification order, 36, 132, 212 f.
- certification order, 130 f.
- death knell-Doktrin, 213
- decertification, 131, 158 f., 213
- und Klageerledigung, 114 f
- cheapest cost avoider, 17 Fn. 20
- cheapest insurer, 16 f.
- Civil Rights-Klagen, 37 ff., 171; *siehe auch* class action, injunction
- Aufhebung der Rassentrennung an Schulen, 29, 38 f., 171 f.
- Bedeutung der class action auf dem Gebiet der Civil Rights, 50
- Diskriminierung am Arbeitsplatz, 29, 40
- fee shifting statutes, 210
- Gefängnisreform, 29, 39 f.
- institutional reform-Fälle, *siehe dort*
- Title VII, 40
- Voraussetzungen, 85
- Claims Resolution Facility, 164, 192 ff., 198 f.; *siehe auch* Dalkon Shield, Johns-Manville Corp., Verteilung des Schadensersatzes
- equitable trust, 190 f.
- und Sozialversicherungen, 195
- Class action; *siehe auch* Civil Rights-Klagen, Großschäden, Streuschäden
- Anwendungsgebiete, 29 f., 37 ff.
- Civil Rights-class action, 99, 104 f.
- defendant class action, 9
- „Frankenstein monster“, 42, 222
- Funktionsweise. *siehe dort*
- hybrid (gemischte), 35
- Initiator, *siehe dort*
- Kategorien von Rule 23, *siehe dort*
- „legalisierte Erpressung“, 42
- limited fund-class action, 78, 102 ff.
- mandatory class action, *siehe dort*
- nationwide class action, 123
- Rechtsfolgen, 169 ff.
- Schadensersatz class action, *siehe dort*
- settlement class action, *siehe dort*
- spurious (unechte), 35
- true (echte), 35
- Verfahrensgestaltung, *siehe dort*
- Voraussetzungen, 31, 77 ff.
- Ziele, *siehe dort*
- zum Schutze Dritter, 99, 100 ff.
- Collateral order-Grundsatz, *siehe* Rechtsmittel
- Commerzbank AG, 66 Fn. 168
- Common law, 34 Fn. 14
- und damages, 34 Fn. 14, 170
- und equity, 34 Fn. 14, 169 f.
- commonality, 31, 84 f.
- complex litigation, 66 f.
- conference, *siehe* case management
- Contergan, 4, 19, 252 Fn. 125, 292 f., 299
- „Spende“ statt Entschädigung, 296
- Gesetz über die Errichtung einer Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“, 253, 300
- Insolvenzgefahr der Beklagten, 297
- Interessengemeinschaft, 243 Fn. 85, 284 Fn. 4, 288 Fn. 13/14, 291
- Interessenkonflikte, 291 f.
- staatlicher Entschädigungsbeitrag, 228 Fn. 13, 298
- Streitiges Verfahren, 292, 314
- credible commitments, 20
- cy pres-Entschädigung, 189 ff., 255;

- siehe auch* Streuschäden
- claimant fund-sharing, 190 Fn. 76
- equitable trust, 190
- escheat, 190
- fluid recovery, 189/190 Fn. 73
- in kind-Entschädigung, 41 f., 96, 189/190 Fn. 73, 191 f.
- Preisreduktion, Gutscheine, Boni, 191
- Dalkon Shield-Verfahren, 67
- Insolvenz des Beklagten, 47 Fn. 81, 70 Fn. 188, 187
- Prozeßlawine, 46/47 Fn. 78, 287
- Richter als Initiator der class action, 46/47 Fn. 78, 128 Fn. 2
- Struktur des Entschädigungsfonds, 194 Fn. 90, 196 Fn. 95
- damages, *siehe* common law, Schadensersatz
- declaratory relief, *siehe* equity
- deep pocket-Mentalität, 73, 187
- Deutsche Bahn AG, *siehe* Eschede
- Deutsche Bank AG und Bankers Trust Corp., 187 Fn. 66
- Deutsche Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft, 18, 251 Fn. 123
- discovery, *siehe* Sachverhalts- und Beweisermittlung
- Diskriminierung, *siehe* Civil Rights
- Dresdner Bank AG, 238, 289, 302
- due process, 55 ff.; *siehe auch* Benachrichtigung der Betroffenen, Gruppenmitglieder, jurisdiction, rechtliches Gehör, Rechtskraft
- consent theory, 58, 122
- „day in the court“, 54, 81, 135
- interest theory, 57
- und angemessene Vertretung der Gruppenmitglieder, 57, 88
- und Anhörung der Gruppenmitglieder, 58, 121
- und opt out-Rechte, 58
- und Teilnahmerechte, 57 f., 135
- Effizienz und Einzelfallgerechtigkeit, Spannungsverhältnis zwischen –, 35, 135, 161, 192, 196, 214 f., 216, 221, 226, 238
- EG-Richtlinie über Unterlassungsklagen zum Schutze der Verbraucherinteressen, *siehe* Verbandsklage
- Einigungsstellen nach § 27a UWG, 268
- Einlagensicherungsfonds der Banken, 251
- einzelstaatliche Regelungen, 74 ff.
- Entrechtlichung, 258 f., 292 ff., 315; *siehe auch* öffentliche Meinung, Politisierung
- „Haftungersetzung durch Versicherungsschutz“, 259
- Entschädigungsfonds für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen, 251
- Equity, 34 Fn. 14, 170; *siehe auch* common law
- declaratory relief, 84, 136, 141, 147, 170 Fn. 5
- equitable relief, 99 f., 170
- equitable trust, 190 f.
- injunctive relief, *siehe* injunction
- Erfolgshonorar, *siehe* Kosten
- escheat, *siehe* cy pres-Entschädigung
- Eschede, Zugunglück bei –, 252, 287, 309 Fn. 4
- Internetbrowser „Explorer“, *siehe* Microsoft
- fair and adequate representation, 31, 87 ff., *siehe auch* Interessenkonflikte
- und due process, 57, 88
- und Rechtskraft, 88
- final judgment rule, *siehe* Rechtsmittel
- first plaintiff's problem, *siehe* Verhandlungsungleichgewicht
- „Flucht in den Konkurs“, 47, 70, 187 Fn. 65, 296
- Flughafen München II, 242, 246
- Flugzeugabstürze, 30, 46, 293
- Swiss Air-Absturz bei Halifax, 287
- fluid recovery, *siehe* cy pres-Entschädigung
- forum shopping, *siehe* Zuständigkeit
- free rider, *siehe* „Trittbrettfahrer“
- Funktionsweise der class action, 1, 29, 32; *siehe auch* Initiator, Mißbrauch, Principal-Agent-Problem
- consent theory, 58
- Interessenskongruenz und Kontrolle, 33, 57, 206 f., 218
- interest theory, 57
- future claimants, 48 f., 58, 222, 314; *siehe auch* Ahearn v. Fibreboard, Georgine v. Amchem

- Begriff, 48
- Klagebefugnis, 113
- Benachrichtigung, 146 f.
- opt out-Rechte, 149
- Entschädigung, 196 ff.
- Ersatz medizinischer Überwachungskosten, 48 Fn. 85
- Anspruch wegen emotional distress, verminderter Lebensfreude oder Angst vor Krebs, 48 Fn. 85, 197
- Mißbrauchspotential, 48 f., 202
- Latenzschäden, 6, 15, 30, 71
- Gefahrenquelle, erlaubte, 15, 248, 256
- Gefährdungshaftung, 16 f., 256 ff., 293, 315; *siehe auch* Verschuldenshaftung
- Haftungsobergrenzen, 225 f., 257, 293, 296
- und immaterielle Schäden, 257
- Gefängnisreform, *siehe* Civil Rights-Klagen
- gemeinnützige Projekte, 199, 296
- Gemeinsame Regulierungsaktionen bei Massenfällen, 49, 248 f., 252 Fn. 123, 288, 289
- General Motors Pick-up truck litigation, 49 Fn. 87, 95 Fn. 95, 192, 209
- Mehrfachklagen, 126
- Zulassung der settlement class action, 134
- Georgine v. Amchem, 37, 48 Fn. 84; *siehe auch* Amchem v. Windsor, Interessenkonflikte, Mißbrauch
- Beklagter als Initiator der class action, 129 Fn. 3, 133/134 Fn. 21, 180 Fn. 45
- future claimants, 78 Fn. 6, 202
- settlement class action, 85 Fn. 51, 97, 133/134
- gesetzlicher Richter, *siehe* Richter
- Gestaltungsurteil, *siehe* injunction
- Girmes AG, 243 Fn. 86, 244 f., 289
- Grenznutzen, abnehmender, 17 Fn. 20
- Großschaden, 2, 4, 46 ff., 283 ff., 309 ff.; *siehe auch* Agent Orange-Prozeß, Asbest, Bendectin-Verfahren, Contergan, Dalkon Shield-Verfahren, Eschede, HIV-Infizierte, Holzschutzmittel-Prozesse, Sandoz, Zwangsarbeiter
- anwendbares Recht, 292 ff., 175 ff.
- aus ökonomischer Sicht, 14 ff.
- Bedeutung der class action bei Großschäden, 46 ff., 50 f.
- Begriff, 5, 7
- Claims Resolution Facility, 164, 192 ff., 198 f.
- Entschädigung, 182 f., 186 ff., 192 ff., 220 ff., 295 ff., 298 ff., 313 ff.
- „Flucht in den Konkurs“, 47, 70, 187 Fn. 65, 296
- future claimants, *siehe dort*
- Kausalität, 177 ff., 294 f.
- Kollektivierungsmöglichkeiten, 66 ff., 238 ff.
- limited fund-Fälle, 78, 102 ff.
- Massenunglück, *siehe dort*
- Maßnahmegesetz, 226, 253 f., 297, 298, 299 f., 304
- maturity-Konzept, 96, 107, 164, 181 f.
- Produkthaftungsfälle, *siehe dort*
- settlement class action, *siehe dort*
- toxische Substanzen, *siehe dort*
- Verfahrensabschluß, 202 f., 299 ff.
- Gruppe (class); *siehe auch* Betroffene, Gruppenmitglieder
- „Ausverkauf“ der Gruppeninteressen, 13, 41, 78 Fn. 6, 93, 143, 180, 201, 219
- Definition der Gruppe, 77 ff., 88, 91, 131, 142, 174, 215 f.
- severance, 157
- Untergruppe (subclass), 51, 82, 84, 95, 162, 178, 196
- Gruppenmitglieder; *siehe auch* Betroffene, Gruppe, due process
- Anhörung der Gruppenmitglieder (hearing), 22, 143, 150 f., 162, 201
- Benachrichtigung, *siehe dort*
- Berücksichtigung individueller Besonderheiten, 161 ff., 196
- opt out-Rechte, 32, 147 ff., 163
- Schutzbedürfnis, 200 f., 203, 216
- Teilnahmerechte der Gruppenmitglieder, 22, 134 ff., 150 ff.
- Gruppenklage, 1, 9, 231, 272
- Begriff, 9
- class action, *siehe dort*
- guardian, 22, 65

- guardian ad litem, 159, 160 f.
- Gutscheine und Boni, *siehe* cy pres-Entschädigung
- Haftungsmasse, begrenzte, 6, 18, 78, 102, 193, 313 f.; *siehe auch* limited fund-Fälle
- Haftungsobergrenzen, *siehe* Gefährdungshaftung
- Sozialhilfeniveau, 247
- Haftungsrecht(s), Funktionen des, 10 ff.
- Gewinnabschöpfungsfunktion, 173
 - Kompensationsfunktion, 10, 12, 180, 183, 255
 - overdeterrence (Überprävention), 10, 12, 28, 71, 264, 306
 - Präventionsfunktion, 10 f., 255
 - Risikoverteilungsfunktion, 16 ff.
 - Schadensverteilungsfunktion, 14 ff.
 - Straffunktion, 12, 71
 - Verhaltenssteuerung, 10 ff., 28, 71 ff., 173, 180, 183, 255, 271
- Hambuger Bambek-Bernbeck-Fall, 288 Fn. 13
- Hamburger Strahlenskandal, 228 Fn. 13, 238 f.
- hard look-Doktrin, 204
- Herstatt-Bank, 243 Fn. 85, 245 Fn. 97
- HIV-Infizierte, durch verseuchte Blutprodukte, 108, 294, 298, 310 Fn. 5
- HIV-Hilfegesetz, 253, 300
 - Interessengemeinschaft, 243 Fn. 86, 284 Fn. 4, 288 Fn. 13/14, 291
 - staatlicher Entschädigungsbeitrag, 228 Fn. 13
- Holocaust, *siehe* Zwangsarbeiter
- Holzschutzmittel-Prozesse, 246 Fn. 99, 254 Fn. 132, 284, 288 Fn. 12, 295, 296, 303 Fn. 57/58
- homo oeconomicus, 19
- Hypo-Vereinsbank, 238
- Imageschaden, 27, 254, 258, 287, 295; *siehe auch* Entrechtlichung, öffentliche Meinung, Politisierung, Verhandlungungleichgewicht
- immaterieller Schaden, 71 f., 257 f.
- und Gefährdungshaftung, 257
- in kind-Entschädigung, *siehe* cy pres-Entschädigung
- Informationsrechte, *siehe* Benachrichtigung
- Informationsasymmetrie, *siehe* Verhandlungungleichgewicht
- Initiator der class action
- Bürgerrechtsorganisationen, 128
 - der Beklagte, 92, 97, 129
 - der Rechtsanwalt, 1, 32, 87, 92, 128, 205 f.
 - der Richter, 46/47 Fn. 78, 92, 128
- injunction (Gestaltungsurteil), 38, 84, 136, 141, 147, 170 ff.; *siehe auch* institutional reform-Fälle
- antisuit injunction (Klageverbotsanordnung), 125 f.
 - Aufhebung der Rassentrennung an Schulen, 38 f., 171 f.
 - Gefängnisreform, 39 f.
- Inquisitionsverfahren, *siehe* adversary-Verfahren
- Insolvenz, 187, 229, 296 f.; *siehe auch* Dalkon Shield-Verfahren, Johns Manville Corp.
- des Beklagten, 187
 - des Entschädigungsfonds, 70, 187 Fn. 64, 194 Fn. 89, 195, 198 Fn. 104
 - „Flucht in den Konkurs“, 47, 70, 187 Fn. 65, 296
 - Reorganisationsverfahren, 70
- institutional reform-Fälle, 53, 153, 163, 172; *siehe auch* Civil Rights-Klagen
- Begriff, 38
 - Kosten, 210
- Interessengemeinschaften, 225, 238, 243 ff., 288 f., 290 f., 302
- vorprozessuale Organisation, 243, 284, 303
 - Klagebefugnis, 243, 284, 289 f.
 - Bürgerrechtsorganisationen, 112 f., 128
 - fallgebundene Interessengemeinschaft, 243
 - Interessenverband, 243
- Interessenkongruenz und Kontrolle, 20 ff., 33, 57, 201, 206 f., 218; *siehe auch* due process, Funktionsweise der class action, Principal-Agent-Problem
- Interessenkonflikte, 22 ff., 88, 98; *siehe auch* Principal-Agent-Problem, strike suits, Richter
- zwischen den Betroffenen, 113,

- 162 f., 290, 299
- zwischen Gruppe und Rechtsanwalt, 23, 93 ff.
- interlocutory appeal, *siehe* Rechtsmittel
- Johns-Manville Corp., 196 Fn. 95; *siehe auch* Asbest
- Insolvenz des Beklagten, 187
- Insolvenz des Entschädigungsfonds, 70, 187 Fn. 64, 194 Fn. 89, 195, 198 Fn. 104
- Judge Posner, 108, 179
- Judge Weinstein, 150 Fn. 105, 164 ff., 176 Fn. 30, 180; *siehe auch* Agent Orange-Prozeß, Richter
- jurisdiction, *siehe* Zuständigkeit
- Jury, 54, 59 f., 63, 170, 178 f.
 - „day in the court“, 54, 81, 108 f.
 - jury verdict, 63
 - Mitleidsentscheidungen, 71, 165, 186
- Justice Story, 33
- Kategorien von Rule 23, 99 ff., 130
- Kausalität, 177 ff., 294 f.; *siehe auch* maturity-Konzept
 - generelle Schädlichkeit, 177, 295
 - Marktanteilhaftung, 178
 - multikausaler Schaden, 5 f., 14
 - unklarer Kausalverlauf, 14, 180, 256
- „kidnapped rider“, 179; *siehe auch* „Trittbrettfahrer“
- Klagebefugnis, 111 ff., 260 ff.; *siehe auch* standing
- Klagebeitritt (intervention), 67, 107, 151 f., 163, 214; *siehe auch* Klagehäufung, Streitgenossenschaft
- Kläger
 - bei Wertpapierstreitigkeiten, *siehe* Private Securities Litigation Reform Act
 - Repräsentant (benannter Kläger), 1, 22 f., 79 f., 85 ff., 89 ff., 111 ff., 201, 207
 - Kontrolle des Rechtsanwalts, 92
 - „lead plaintiff“, 45, 92
 - most adequate plaintiff, 87, 88 Fn. 64
 - „professioneller“, 44 f., 89 f.
- Klagefreudigkeit, 72, 225, 228, 253; *siehe auch* Prozeßlawinen
 - klägerfreundliches Rechtssystem, 26, 53 f., 60, 71 ff., 94, 219, 228
 - „litigation explosion“, 54
- Klagehäufung, subjektive, 225, 238 f.; *siehe auch* Klagebeitritt, Streitgenossenschaft
 - joinder, 67
- Klageschrift (complaint), 13, 60
- Klageverbindung, 225, 239 f.; *siehe auch* Klagebeitritt, Klagehäufung, Streitgenossenschaft
- Kollusives Verhalten, 41, 49, 96 f. 134, 154, 192, 222; *siehe auch* Mißbrauch
- Konkurs, *siehe* Insolvenz
- Konsolidierung, 68 ff.
- Koordination, 68, 225
 - vorprozessuale, 283 ff., 301 f., 303, 311, 316
- Kosten, 205 ff., 276 ff., 286, 301 ff.
 - Abmahnkosten, *siehe* Abmahnung
 - American Rule, 54
 - „Auktionsverfahren“ für den Klägeranwalt, *siehe* Versteigerung
 - bei Wertpapierstreitigkeiten, *siehe* Private Securities Litigation Reform Act
 - common fund rule, 205 Fn. 23
 - der vorprozessualen Koordination, 284
 - Erfolgshonorar, 20, 22, 94, 192, 205 ff.
 - fee shifting statutes, 210
 - first plaintiff's problem, 181 Fn. 48
 - Gerichtskosten, 205
 - institutional reform-Fälle, 210
 - Kosten der Benachrichtigung der Gruppenmitglieder, 140, 141
 - lodestar method, 208 f.
 - percentage of recovery method, 207 f.
- Kraftfahrzeughaftpflicht/Kraftfahrzeughaftpflicht-Rahmenteilungsabkommen *siehe* Rahmenteilungsabkommen
- Latenzschäden, *siehe* future claimants lawyer shopping, *siehe* Versteigerung
- lead counsel, *siehe* Rechtsanwalt
- lead plaintiff, *siehe* Kläger
- Limited fund-Fälle, 102 ff.; *siehe auch* Haftungsmasse, mandatory class action
 - Begriff, 78
 - Benachrichtigung, 141 f., 145 f.
- Lipobay, *siehe* Bayer AG

- „litigation explosion“, *siehe* Klagefreudigkeit
- local rules, 62, 130
- magistrate judge, 130, 156, 159, 160
- mandamus, writ of, *siehe* Rechtsmittel
- mandatory class action, 99, 102 f.; *siehe auch* Civil Rights-Klagen, injunction, limited fund-Fälle
- Begriff, 99
 - Benachrichtigung, 136, 140 ff.
 - opt out-Rechte, 147 f., 159
 - Rechtsfolgen, 99 f., 170 ff.
 - Voraussetzungen, 99 ff.
- Mandatshäufung, 55, 67, 238, 245
- Maßnahmegesetz, 226, 253 f., 297, 298, 299 f., 304; *siehe auch* Contergan, HIV-Infizierte, Zwangsarbeiter
- mass torts, 6
- Massenschaden, 5, 7
- Massenunfall, 248 f., 293, 294, 310 Fn. 6
- Massenunglück, 30, 46, 293
- maturity-Konzept, 96, 107, 164, 181 f.
- Mehrfachklagen, 123 ff., 266 f., 273, 280 f.
- antisuit injunction (Klageverbotsanordnung), 125 f.
 - Mehrfachabmahnung, 280
- Menschenrechtsverletzungen in Bosnien, 120/121 Fn. 222
- Microsoft, 124, 309 Fn. 3
- mini trial, *siehe* Musterprozeß
- Mißbrauch, 41 ff., 93, 145, 173, 202 ff., 206 ff., 217, 219, 261 ff., 273 f., 306 f.; *siehe auch* Abmahnverein, settlement class action, strike suits
- motion to dismiss, 63
- Multidistrict Litigation, 69
- Musterprozeß, 66, 67 f., 225, 233 ff., 241 f., 283, 302, 304
- "faktischer" Musterprozeß, 235, 245
 - mini trial, 158, 186
 - pactum de non petendo (Stillhalteabkommen), 234
 - test case approach, 68, 158, 164 Fn. 167, 186
- New York Field Code, 34, 74
- Nationalsozialismus, *siehe* Zwangsarbeiter
- Nikotinschäden, 108
- nuisance suit, *siehe* strike suit
- numerosity, 31, 82 ff.
- öffentliche Meinung, 187, 289, 294, 296, 314 f.
- Ombudsmann, 252
- opportunistisches Verhalten, 19
- opt out-Rechte, *siehe* Gruppenmitglieder
- Ortiz v. Fibreboard, *siehe* Ahearn v. Fibreboard
- overdeterrence (Überprävention), *siehe* Haftungsrecht
- pactum de non petendo (Stillhalteabkommen), *siehe* Musterprozeß
- parens patriae-Klagen, 43, 65
- Patentverletzung, 30, 84, 104, 117
- Pharma-Pool, 251 Fn. 123
- Pleadings, 60 f.
- Politisierung des Prozesses, 180, 187, 289, 294, 314 f.; *siehe auch* Entrechtlichung, Imageschaden, öffentliche Meinung, Verhandlungsungleichgewicht
- Popularklage, 66
- Preisabsprachen, verbotene, *siehe* Wettbewerbsrecht
- Preisreduktion, *siehe* cy pres-Entschädigung
- Principal-Agent-Problem, 19 ff., 25, 67, 222; *siehe auch* Interessenkonflikte
- Agency-Kosten, 19
 - Interessenkongruenz und Kontrolle, 20 ff., 59, 222
- private attorney-general, 30, 229
- Private Securities Litigation Reform Act, 27, 44 ff., 55; *siehe auch* Wertpapierrecht
- Benachrichtigungspflichten, 143 f.
 - Honorar des Rechtsanwalts, 96, 192, 210
 - Kläger, 87, 88 Fn. 64, 90, 92
- Produkthaftungsfälle, 2, 4, 15, 30, 118, 177 f., 183, 286
- prohibitive Kosten
- Begriff, 20
 - der Benachrichtigung, 137
 - der Verteilung des Klageerlöses, 188 f.
 - und Streuschäden, 6, 24, 30, 41
- Prozeßlawinen, 23, 46, 50 f., 95, 166,

- 209, 242, 245, 288, 297, 302; *siehe auch* Klagefreudigkeit
- Massenprozeß im Arbeitsrecht, 242, 246, 284
- Prozeßstandschaft 236 f.
- punitive damages, *siehe* Schadensersatz
- Rahmenteilungsabkommen, 249 f.; *siehe auch* Gemeinsame Regulierungsaktion bei Massenunfällen
- Rassentrennung, Aufhebung der – an Schulen, *siehe* Civil Rights-Klagen
- rationales Desinteresse, 11, 21, 32, 305
- Raucher, *siehe* Nikotinschäden
- rechtliches Gehör, 229 f., 272; *siehe auch* due process
- Rechtsanwalt; *siehe auch* Interessenkonflikte
- Erfolgshonorar, 20, 22, 94, 192, 205 ff.
 - lawyer shopping, *siehe* Versteigerung
 - lead counsel, 69, 128
 - steering committee, 157
 - „unternehmerischer“ Anwalt, 2, 21 Fn. 34, 27, 33, 284, 301
- Rechtsberatungsgesetz, 243 ff., 274
- Rechtsfrieden, *siehe* Rechtskraft
- Rechtskraft, 215 ff., 278 f., 304
- Breitenwirkung, 234 f., 270, 278
 - endgültiger Rechtsfrieden, 47 f., 71, 216 ff., 300, 304
 - Rechtskrafterstreckung, 233, 270, 278 f.
 - und due process, 56, 88, 136, 216
- Rechtsmittel, 211 ff., 303
- collateral order-Grundsatz, 211 f.
 - death knell-Doktrin, 213
 - final judgment rule, 211 ff.
 - interlocutory appeal (Beschwerde), 132, 211 ff.
 - writ of mandamus, 211 ff.
- Reformvorschläge, 36, 133, 145, 181 Fn. 46
- Repräsentant, *siehe* Kläger
- Richter, 59 f., 97 ff., 108 ff., 153 ff., 166 ff., 219, 222; *siehe auch* adversary-Verfahren, case management
- aktive Verfahrensgestaltung, 97 ff., 110 f., 131, 154 ff., 158 f., 164 ff., 166 ff.
 - als quasi-Gesetzgeber, 172
 - Bewertungsmaßstab und Ermessen, 36, 108 ff., 139, 142 f., 152
 - gleichgültige, voreingenommene, überlastete oder überforderte Richter, 23, 49, 95, 97 f., 154, 166 ff., 203 f., 209, 222
 - Informationsdefizite, 23, 48, 96, 192, 204
 - Kontrollfunktion, 22 ff., 33, 93, 95, 97 ff., 207
 - Recht auf den gesetzlichen Richter, 229 ff., 272
 - „rubber stamp“-Vergleich, 126, 167
 - Selbstverständnis, 23, 98, 111, 166
- Ruhen des Verfahrens, 240
- Rules Enabling Act, 155, 169
- Sachverhalts- und Beweisermittlung, 13
- Beweiserhebung, 107, 153, 156, 169, 177 ff.
 - Beweiserleichterung, 14, 72 f., 249, 256
 - Beweismittel, 177 ff.
 - discovery, 60, 61 ff., 159
 - „fishing expedition“, 61
 - früher Vergleich, 23
 - Koordination, 68
 - Kosten, 133
 - typische Beweisschwierigkeiten, 54, 177 ff., 240, 247 f., 256, 292
 - unzureichende, 180 ff.
- Sammelklage, 1
- class action, *siehe dort*
- Sandoz, Chemieunglück bei Basel, 252 f., 287, 291 f., 309 Fn. 4
- Schadensersatz, 173 ff., 254 ff.; *siehe auch* Großschaden, Haftungsrecht, Schadensersatz class action, Streuschaden
- als Klageanreiz, 173, 160
 - bei der class action, 271 ff.
 - damages, 34 Fn. 14, 170, 173 ff.
 - immaterieller Schaden 71 f., 257 f.
 - Strafschadensersatz (punitive damages), 12, 54, 71 f., 182, 255, 258
 - und gemeinnützige Projekte, 199, 296
 - und Versicherungsschutz, 72, 228, 258 f., 310
 - Verteilung, *siehe dort*
- Schadensersatz class action, 99 f.,

- 105 ff.
- Begriff, 99
- Benachrichtigung, 136, 137 ff., 144 ff.
- opt out-Rechte, 147 ff.
- predominance test, 106, 108
- Rechtsfolgen, 99 f., 105, 173 ff.
- superiority test, 106, 108, 124
- Voraussetzungen, 100, 105 ff.
- Schadensvermeidungsaufwand, 10, 14
- Schulte-Hillen, Rechtsanwalt, 301, 313
- Schweizer Banken, 187/188 Fn. 66
- Serienschaden, 5
- settlement, *siehe* Vergleich
- settlement class action, 47 ff., 133 f., 203 f.; *siehe auch* Amchem v. Windsor, General Motors, Georgine v. Amchem
- Begriff, 37 Fn. 29
- Benachrichtigung der Gruppenmitglieder, 146, 201
- certification, 133 f.
- Mißbrauch, 48, 134, 201
- opt out-Rechte, 149
- Teilnahme- und Kontrollmöglichkeiten der Gruppenmitglieder, 48, 134
- und future claimants, 48 f., 149
- vor einzelstaatlichen Gerichten, 75
- Voraussetzungen, 49, 133 f., 203 f.
- Siemens AG, 238
- Silikon-Brustimplantate, 73 Fn. 202, 108
- Insolvenz des Beklagten, 70 Fn. 188
- nicht nachweisbare Kausalität, 180 Fn. 43
- small claims, 6
- Solidarfonds, 248, 251
- Deutsche Kernreaktorversicherungsgemeinschaft, 16 f., 251 Fn. 123
- Einlagensicherungsfonds der Banken, 251
- Entschädigungsfonds für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen, 251
- Pharma-Pool, 251 Fn. 123
- Superfund, 18, 251 Fn. 124
- Verein Solidarhilfe e.V., 251
- Verkehrsoferhilfe e.V., 16 f., 251
- Sozialversicherung, 16, 221, 246 ff., 259, 293
- in den USA, 72 f.
- Regreß durch Sozialversicherungsträger, 247 f., 258
- Vergleich mit der class action, 55, 195, 228, 246 f., 258, 310
- special master, 156, 159 f.
- staatliche Maßnahmen, 2, 64, 228 f., 253 f.; *siehe auch* Bußgeldverfahren, parens patriae-Klagen
- Privatinitiative und staatliche Maßnahmen, 20, 53, 65 f., 228, 233, 269
- Rolle des Staates bei Großschäden, 49 Fn. 89, 177, 221, 297 f.
- standing, 80, 111 ff.; *siehe auch* Klagebefugnis
- Bürgerrechtsorganisationen, 112 f.
- future claimants, 113
- mootness-Doktrin, 113 ff.
- relation back-Doktrin, 115
- steering committee, *siehe* Rechtsanwalt
- Stille Regulierung (ad hoc-Maßnahmen), 225, 252 f., 258, 287, 290, 300, 302 f., 304; *siehe auch* Eschede, Gemeinsame Regulierungsaktionen bei Massenunfällen, Sandoz „stonewalling“-Strategie, *siehe* Verhandlungsungleichgewicht
- Strafrecht, 229
- Strafschadensersatz, *siehe* Schadensersatz
- Streitgenossenschaft, 238 f.; *siehe auch* Klagebeitritt, Klagehäufung
- Streitwert, 65, 78, 107, 173, 205, 235 f.
- Existenzbedrohung der Beklagten, 13, 27, 130, 173, 187, 275
- Mindeststreitwert, 42, 119, 235 f., 265 f.
- Streitwertherabsetzung, 278
- und strike suits, 14, 53, 131, 132, 180, 219, 306
- Streuschaden, 2, 41 ff., 227, 260 ff., 305 ff.; *siehe auch* class action, Großschäden, Patentverletzungen, Verbandsklage, Verbraucherschutz, Wertpapierrecht, Wettbewerbsrecht
- aus ökonomischer Sicht, 11 ff.
- Bedeutung der class action bei Streuschäden, 41 ff., 50 f.
- Begriff, 5, 7
- cy pres-Entschädigung, *siehe dort*

- Schadensersatz, 182 ff., 188 f., 189 ff., 220, 254 f., 260 ff., 271 ff., 306 ff.
- Kollektivierungsmöglichkeiten, 64 ff., 231 ff.
- Mehrfachverfolgung, 123 ff., 266 f., 280 f.
- Unterlassungsansprüche, 270 f.
- Zuständigkeit, 119, 265 ff.
- strike suit (mißbräuchliche Klage), 13, 24 ff., 41 f., 45, 55, 124, 126, 132 f., 173, 180, 204, 219, 261, 274, 306 f.
- summary judgment, 64, 165
- Superfund, 18, 251 Fn. 124
- sweetheart deal, 41
- Swiss Air-Absturz bei Halifax, *siehe* Flugzeugabstürze
- Teilnahmerechte, *siehe* Betroffene, Gruppenmitglieder
- test case approach, *siehe* Musterprozeß Titanic, 19
- toxische Substanzen, 2, 15, 30, 46, 86, 175, 177 f., 286
- trial (Hauptverhandlung), 60, 63
- „Trittbrettfahrer“ (free rider), 138, 148, 179 Fn. 42, 273; *siehe auch* „kidnaped rider“
- Tschernobyl, 19, 293
- Tumultschäden bei Großveranstaltungen, 250
- typicality, 31, 85 ff.
- Umweltschaden, 9, 175
- Untergruppe (subclass), *siehe* Gruppe (class)
- Unterlassungsanspruch, 225, 233, 270 f.
- Verband, 233, 160 f.
 - gewerblicher Verband, 231 f.
 - Klagebefugnis, 237, 160 ff.
 - Registrierungspflicht, 264 f., 274
 - Seriositätskontrolle, 263, 308 f.
 - Verbraucherschutzverband, 263, 277 f.
- Verbandsklage, 3, 231, 260 ff.
 - Anwendungsgebiete, 225, 231 f.
 - EG-Richtlinie über Unterlassungsklagen zum Schutze der Verbraucherinteressen, 4 Fn. 5, 227, 232 f., 263 f.
 - internationale, 264 f.
 - nach AGB-Gesetz, 264, 265 f., 268 f., 270 f., 278 f.
- nach UWG, 265 f., 269, 271, 279
- Rechtsschutzziel, 270 ff.
- Verbraucherschutz, 2 ff., 30, 41, 50, 85 f., 191 f., 225
- Verein Solidarhilfe e.V., 251
- Verfahrensabschluß
 - Anerkenntnis, 267 f.
 - default judgment, 63
 - Erledigterklärung, 113 ff., 201
 - Klagerücknahme, 201
 - Maßnahmegesetz, *siehe dort*
 - motion to dismiss, 63, 132 Fn. 15
 - Stille Regulierung, *siehe dort*
 - summary judgment, 64, 132 Fn. 15, 165
 - Vergleich, *siehe dort*
- Verfahrensgestaltung bei der class action
 - bifurcation, 51 Fn. 100, 157, 163
 - Delegation, 156, 159 ff.
 - issue class action, 47, 51 Fn. 99, 82, 131, 163, 178
 - severance, 157
 - Untergruppe (subclass), 51, 82, 131, 162, 178, 196
- Verkehrsofferhilfe e.V., 18, 251
- Vergleich, 64, 13, 33, 44, 64, 200 ff., 233, 269, 299 ff., 304; *siehe auch* settlement class action, Richter
 - „fair, adequate and reasonable“, 203
 - früher Vergleich, 23
 - Globalvergleich, 71, 299 ff.
 - „rubber stamp“-Vergleich, 126, 167
- Verhandlungsungleichgewicht, 26, 286, 294, 311; *siehe auch* Klagefreudigkeit, öffentliche Meinung, Politisierung
 - first plaintiff’s problem, 181 Fn. 48
 - Informationsasymmetrien, 23, 26, 73, 276
 - „stonewalling“-Strategie, 27, 286
 - Vergleichsdruck auf den Beklagten, 62, 70, 124, 131, 173, 180, 187 Fn. 166, 200, 212 f., 295, 306
- Verschuldenshaftung, 14, 256 ff., 317
 - Organisationsverschulden, 256
- Versicherung, 16 ff., 259; *siehe auch* Stille Regulierung
- Kranken-, Berufs- und Erwerbsun-

- fähigkeitsversicherung, 72, 247, 259
- Haftpflichtversicherung, 248 ff., 293
- „Haftungsersetzung durch Versicherungsschutz“, 259
- Sozialversicherung, *siehe dort*
- und Schadensersatzrecht, 72
- Unfallversicherung, 250, 259
- versicherungsähnliche Entschädigung, 55, 194 ff., 298
- Versteigerung
 - „Auktionsverfahren“ für den Klägeranwalt, 22, 210
 - lawyer shopping, 97, 124, 126
 - „umgekehrte Versteigerung“, 97, 124
 - „Versteigerung zum geringsten Gebot“, 97
- Verteilung von Schadensersatz, 188 ff., 220
 - Claims Resolution Facility, *siehe dort*
 - cy pres-Entschädigung, *siehe dort*
 - individuelle Entschädigung, 194 Fn. 89
 - Pauschalierung der Entschädigung, 164, 194 ff.
 - Schadensklassen, 164, 194 ff.
 - sozialversicherungsähnliche Lösung, 55, 195
- Vietnamveteranen, *siehe Agent Orange-Prozeß*
- Volkswagen AG, 238
- Vorverfahren, 267 f., 289 f.; *siehe auch certification*
- Wertpapierrecht, 13, 30, 44 f., 254 f.
 - Private Securities Litigation Reform Act, *siehe dort*
 - NASDAQ-Skandal, 44 Fn. 66
 - Schadensberechnung, 184 ff.
- Wettbewerbsrecht, 30, 43 f., 225, 237
 - Schadensberechnung, 183 f.
 - verbotene Preisabsprachen, 12, 254
 - windfall profit, 191
- Ziele der class action, 1 f., 24, 30 f., 44, 78, 106, 154, 193 f.
- Ziele der Verbandsklage, 232 f.
- Zuständigkeit, 116 ff., 265 ff., 286 f.; *siehe auch* Mehrfachklagen
 - diversity jurisdiction, 117 ff.
 - federal matter jurisdiction, 117 f.
 - „fliegender“ Gerichtsstand, 266 f.
 - forum shopping, 119, 122 f., 176, 217, 266
 - internationale Zuständigkeit, 120/121 Fn. 222, 264 f.
 - long arm statutes, 120
 - minimum contacts, 120
 - örtliche, 266 f.
 - personal jurisdiction, 116, 120 ff.
 - sachliche, 265 f.
 - subject matter jurisdiction, 116, 117 ff.
 - territorial jurisdiction, 116
 - und due process, 56, 120
 - venue, 116
- Zwangsarbeiter, Entschädigung ehemaliger – durch die Deutsche Industrie, 3, 187, 193 Fn. 86, 238, 299
 - Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, 253, 300
 - Beteiligung von Interessengemeinschaften, 243 Fn. 86, 312
 - internationale Zuständigkeit, 120/121 Fn. 222
 - Mehrfachklagen, 124
 - Popularklage, 66 Fn. 168, 231
 - staatlicher Entschädigungsbeitrag, 228/229 Fn. 13, 298
 - „Zukunftsfonds“, 296
- Zwangsvollstreckung, 200 Fn. 1

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H*.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobnig* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.

- Eisenhauer, Martin:* Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59.*
- Eschbach, Sigrid:* Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56.*
- Faust, Florian:* Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50.*
- Fenge, Anja:* Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88.*
- Fischer-Zernin, Cornelius:* Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15.*
- Freitag, Robert:* Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83.*
- Fricke, Martin:* Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32.*
- Fröschle, Tobias:* Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49.*
- Fromholzer, Ferdinand:* Consideration. 1997. *Band 57.*
- Godl, Gabriele:* Notarhaftung im Vergleich. *Band 85.*
- Gottwald, Walther:* Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5.*
- Grigera Naón, Horacio A.:* Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28.*
- Grolimund, Pascal:* Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80.*
- Hahn, H. u.a.:* Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10.*
- Hartenstein, Olaf:* Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81.*
- Hein, Jan von:* Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69.*
- Hellmich, Stefanie:* Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84.*
- Hinden, Michael von:* Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74.*
- Hippel, Thomas von:* Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78.*
- Janssen, Helmut:* Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79.*

- Jung, Holger*: Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77*.
- Kadner, Daniel*: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76*.
- Kannengießner, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopoulou, Elissavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Kliesow, Olaf*: Aktionärsrecht und Aktionärsklage in Japan. 2001. *Band 87*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55*.
- Kronke, Herbert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.
- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Leicht, Steffen*: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82*.
- Linker, Anja Celina*: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mistelis, Loukas A.*: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.

- Nemec, Jiri*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Reiter, Christian*: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89*.
- Richter, Stefan*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Siehr, Kurt*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Sonnentag, Michael*: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86*.
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.

- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Verse, Dirk A.*: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. *Band 1*. 1981. *Band 4*. – *Band 2*. 1983. *Band 9*. – *Band 3*. 1990. *Band 25*. – *Band 4*. 1990. *Band 26*. – *Band 5*. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Wu, Jiin Yu*: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71*.
- Ziegert, K.A.*: siehe *Plett, K.*

Einen Gesamtkatalog erhalten Sie vom
Verlag Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Neueste Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>.

